

Juden und Jüdinnen in Tirol 1867-1945 – ein kurzer Überblick

Von der Gleichstellung zur Ausgrenzung (1867-1938)

1. Zuwanderung und Aufschwung bis zum Ersten Weltkrieg

In Innsbruck erinnert heute fast nichts mehr an das Leben der Innsbrucker Juden und Jüdinnen vor ihrer Vertreibung während des Nationalsozialismus, es sei denn, man bemüht sich zum kleinen jüdischen Teil des Innsbrucker Westfriedhofes.

Bis 1867 ließen sich nur einzelne jüdische Familien in Innsbruck nieder, eine jüdische Gemeinde existierte nicht. Anfang der 1860er Jahre gab es nur 26 Juden und Jüdinnen in Nord- und Südtirol. Nach der gesetzlichen Gleichstellung aller BürgerInnen der Monarchie und der Gewährung der Niederlassungsfreiheit im Jahre 1867, siedelten sich immer mehr Juden und Jüdinnen in Innsbruck an. Der Zuzug nahm mit dem Ausbau der Bahn ab 1880 zu. Meist waren es Kaufleute und Handwerker, die sich hier eine kleine Existenz aufbauten. Innsbruck stellte zu dieser Zeit, gerade durch den Ausbau der Bahnstruktur, einen wirtschaftlich guten Standort dar.¹

Vor der Jahrhundertwende begannen also Juden und Jüdinnen aus anderen Teilen der Österreich-ungarischen Monarchie nach Tirol zuzuwandern. Sie ließen sich hauptsächlich in Innsbruck nieder. Ihre Herkunftsländer waren vor allem Böhmen, Mähren, die Slowakei und Galizien. Es gab bereits im Jahre 1880 insgesamt 109 Juden und Jüdinnen in 20 Familien in Tirol. Zu diesen zählten unter anderem die Familien Dannhauser, Schwarz, Bauer, Lazar und Steiner. In Landeck wurden in diesem Jahr immerhin sieben Juden gezählt. Deren Anwesenheit wird mit dem Bau der Arlbergbahn in Verbindung gebracht. Die meisten waren aber Handwerker, kleine Gewerbetreibende und Kaufleute, aber auch Ärzte und Anwälte. Zu dieser Zeit

¹ Gretl Köfler, Ausrottung einer Gemeinde, in: Tiroler Tageszeitung, 6.11.1998, S. 3; Martin Achrainger/Niko Hofinger, „Wir lebten wie sie, aber abseits von ihnen“. Alltag und Ausgrenzung der Tiroler Juden bis 1938, in: Almud Magis/Bernhard Nicolussi Castellan (Hg.), Ansichtssachen. 61 Gründe, Innsbruck zu verlassen oder dazubleiben, Innsbruck 1996, S. 30-36; hier S. 30.

erfolgten eine Reihe von Betriebsgründungen.² 1910 lebten in Innsbruck bereits 400 Juden und Jüdinnen.³

Einige Innsbrucker Juden hatten bald Aufnahme und Anerkennung in Vereinen und liberalen Organisationen gefunden. So etwa als Mitglieder und Unterstützer der Innsbrucker Kaufmannschaft, des Innsbrucker Turnvereins, des Verschönerungsvereins oder der Akademischen Sängerschaft. Ein gutes Beispiel ist Wilhelm Dannhauser, der aus einer alteingesessenen jüdischen Familie stammt. Er wurde 1872 in den Gemeinderat gewählt und war ein angesehener Stadtpolitiker, der die Interessen Innsbrucks als Delegierter in mehreren überregionalen Gremien vertrat. In den 1890er Jahren wurde er ein politisches Opfer der immer mehr zum Deutschnationalismus und Antisemitismus tendierenden Liberalen. 1894 trat Dannhauser, Gründer und Ehrenmitglied, aus dem Innsbrucker Turnverein aus, der den „Arierparagraphen“ eingeführt hatte. Zwei Jahre später wurde seine neuerliche Kandidatur für den Gemeinderat verhindert, um nicht einen Juden zum Ehrenbürger der Stadt machen zu müssen – eine Auszeichnung, die Dannhauser nach 25 Jahren kommunalpolitischer Arbeit zugestanden wäre.⁴

Die Judenfeindlichkeit, die in Tirol eine lange Tradition hat, zeigte sich im Zuge des Landtagswahlkampfes 1889, als das erste antisemitische Flugblatt erschien, auf dem Innsbrucker Juden und Jüdinnen namentlich genannt, geschmäht und verleumdet wurden. Die politische Gruppierung „Christlicher Mittelstand“, die dieses Flugblatt herausgab, warnte die „christlich-deutschen“ BewohnerInnen Tirols vor dem zerstörerischen Einfluss der jüdischen Bevölkerung mit folgenden Forderungen:

„1. Stellung gegen alles Undeutsche und Jüdische in Wort, Tat und Schrift! Duldet nirgends jüdische Zeitungen!

2. Verkehrt nicht mit Juden und kauft nicht bei Juden! Insbesondere ihr christlichen Hausfrauen und Mädchen merkt euch dies! Christen kaufen nur bei christlichen, ehrlichen Geschäftsleuten und veranlaßt auch eure Angehörigen und Dienstboten dazu!

3. Wählt Männer in die Vertretungskörper, welche den Mut haben, als die Hauptursache des Niedergangs des Mittelstandes das Judentum zu bezeichnen.

² Gad Hugo Sella, Die Juden Tirols. Ihr Leben und Schicksal, Tel Aviv 1979, S. 21.

³ Martin Achrainger, Die Synagoge, in: Gabriele Rath/Andrea Sommerauer/Martha Verdorfer (Hg.), Bozen Innsbruck. Zeitgeschichtliche Stadtrundgänge, Wien-Bozen 2000, S. 104-108; hier S. 105.

⁴ Achrainger/Hofinger, Wir lebten wie sie, aber abseits von ihnen, S. 31.

4. Brandmarkt alle Judenfreunde und Judenknechte als Volksverräter!
5. Lest und bezieht nur solche Zeitungen, welche alles Jüdische und den jüdischen Zeitgeist aus volklichen und wirtschaftlichen Gründen offen bekämpfen.
6. Sorgt dafür, daß diese Grundsätze feste Wurzel im Volke fassen! Israel muß fallen! Wählt bei den Wahlen antisemitisch gesinnte Männer, keine Juden oder Judenknechte!“⁵

Dieses Flugblatt praktizierte bereits einen „rassischen Antisemitismus“. Das bedeutete für die jüdischen InnsbruckerInnen eine neue Form der Ausgrenzung. Dazu ist weiters festzuhalten, dass auch zur katholischen Kirche übergetretene Juden und Jüdinnen in die Liste aufgenommen wurden. Neben den deklarierten antisemitischen Organisationen wie etwa den Burschenschaften, war auch die antijüdische Einstellung auf der katholischen Seite selbstverständlich.

Jene Juden und Jüdinnen, die wirtschaftlich erfolgreich waren, konnten ihre Geschäfte ausbauen, wie etwa die verschwägerten Familien Bauer und Schwarz. Sie vereinigten ihre Betriebe und errichteten 1907 das größte Warenhaus Tirols, Bauer & Schwarz in der Maria-Theresienstraße (heute Kaufhaus Tyrol). Andere verdienten sich als TrödlerInnen und Kleinhandwerker so recht und schlecht ihren Lebensunterhalt. Da die sozialen Unterschiede sehr groß waren, wurde 1902 der jüdische Wohltätigkeitsverein „Chewra Kadischa“ gegründet. Er unterstützte die ärmsten Mitglieder der jüdischen Gemeinde, betreute Kranke und Sterbende und sorgte für die Durchführung aller rituellen Vorschriften bei Todesfällen.⁶

Mit dem Aufstieg der Christlichsozialen und ihrer Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen trieb der Antisemitismus immer neue Blüten. Um die Jahrhundertwende begaben sich mehrere Zeitungen, unter anderem die „Tiroler Post“, „Der Scherer“ und die „Deutsche Tiroler Stimmen“ auf das Niveau der täglichen Verleumdung, Verspottung und Hetze. In den Jahren 1905 und 1906 wurden jeweils vor Weihnachten zwei Flugblätter mit „Judenlisten“ aufgelegt. Mit einer Auflage von 10.000 Stück riefen sie zum Boykott jüdischer Geschäfte auf.⁷

Das Leben der Innsbrucker Juden und Jüdinnen nahm trotz dieser Anfeindungen seinen normalen Lauf. Die meisten waren nicht sehr religiös und weitgehend

⁵ Leopold Steurer, Undeutsch und jüdisch. Streiflichter zum Antisemitismus in Tirol. Der christlichsoziale Antisemitismus, in: Sturzflüge Nr. 15/16 (1986), S. 41-66; hier S. 66.

⁶ Achrainer/Hofinger, Wir lebten wie sie, aber abseits von ihnen, S. 32.

⁷ S. 63-65, ebd.

assimiliert, da für Strenggläubige jegliche Infrastruktur fehlte. Nach einer Befragung im Jahre 1890 sprach sich die jüdische Bevölkerung für eine eigene Kultusgemeinde in Innsbruck aus, die am 15./16. September gegründet wurde. Über das religiöse und soziale Leben der Innsbrucker jüdischen Bevölkerung zu dieser Zeit ist nur sehr wenig bekannt: „Ein Betraum habe bestanden, am Ende des 19. Jahrhunderts habe man sogar von einer Synagoge gesprochen; doch bestanden hat eine solche nie in Innsbruck“, - so die Angaben von Elimelch S. Rimalt, Rabbiner von 1932-1938. 1910 wurde in der Sillgasse ein Betraum eingerichtet, der als Synagoge bezeichnet wurde. Als die Mitgliederzahl der Hohenemser Kultusgemeinde (in Hohenems gab es seit dem 17. Jahrhundert eine jüdische Gemeinde mit rund 500 Menschen) immer mehr zurückging, erlaubte 1914 die Tiroler Landesregierung die Verlegung des Landesrabbinats von Hohenems nach Innsbruck. Von da an wurden die Vorarlberger und Tiroler Juden und Jüdinnen von Innsbruck aus religiös betreut. Josef Link, der letzte Rabbiner von Hohenems, übersiedelte nach Innsbruck. Er amtierte als Vorgänger Rimalts von 1914 bis zu seinem Tod 1932.⁸

Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 eilten auch Tiroler Juden zu den Fahnen, um für Gott, Kaiser und Vaterland ihre „Pflicht“ zu erfüllen. Das Kriegerdenkmal im jüdischen Teil des Innsbrucker Westfriedhofs zeigt, dass sie ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben. Dennoch blieb ihren Hinterbliebenen in den Nachkriegsjahren der ihnen gebührende Dank versagt.⁹ Es gab zahlreiche Verwundete und viele Kriegsinvalide in der jüdischen Gemeinde Innsbrucks. Sechs Juden fielen in der k. k. Armee.

Für viele Juden und Jüdinnen hatte schließlich das ersehnte Ende des Ersten Weltkrieges gravierende Benachteiligungen zur Folge. Zahlreiche Zugewanderte und Angehörige der „zweiten Generation“ hatten noch keine Heimatberechtigung in Innsbruck erlangt. Mit dem Zerfall der Monarchie und dem Friedensvertrag von St. Germain wurde eine Optionsmöglichkeit für den neuen Staat Österreich geschaffen und gleichzeitig für die Juden und Jüdinnen unmöglich gemacht, da die Zugehörigkeit zur „deutschen Rasse“ nachgewiesen werden musste und das Innenministerium dies Menschen mosaischen Glaubens generell absprach. Da die neue Staatsbürgerschaft nach dem alten Heimatort festgelegt wurde, bedeutete dies, dass die AntragstellerInnen

⁸ Egon Pinzer, Dem Juden traut kein wahrer Christ. Historische Streiflichter zur Lage der Juden in Tirol. Der Tiroler Antisemitenbund, in: Sturzflüge Nr. 15/16 (1986), Seite 5-16; hier S. 11-13.

⁹ S. 11, ebd.

nicht ÖsterreicherInnen sondern „staatenlos“ waren oder StaatsbürgerInnen eines anderen Nachfolgestaates der Monarchie wurden. Obwohl Tiroler Juden tapfer an der Front gekämpft und hohe Auszeichnungen erhalten hatten, wurden sie bereits gegen Ende des Krieges als Feiglinge und Kriegsgewinnler beschimpft. Dabei hatte die Kultusgemeinde ihr gesamtes, jahrelang angespartes Geld für die Errichtung einer richtigen Synagoge in Kriegsanleihen investiert und so wie viele katholische TirolerInnen des Mittelstandes alles verloren.¹⁰

2. Antisemitismus in der Zwischenkriegszeit

Anlass für die aggressive Judenfeindlichkeit nach dem Weltkrieg war die katastrophale Wirtschaftslage mit Lebensmittelknappheit, Mangel an Heizmaterial, Wohnungsnot usw. – Zustände für welche die verantwortlichen Politiker dringend Sündenböcke brauchten. Für die Christlichsozialen und die Großdeutschen sowie deren Presse lag alle Schuld bei der jüdischen Bevölkerung und den SozialdemokratInnen.¹¹ Da in der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) auch Juden und Jüdinnen politisch tätig waren, wurde sie als „Judenpartei“ beschimpft. Tatsächlich nahm die Tiroler Sozialdemokratie die jüdische Gemeinde immer wieder in Schutz. Als einzige Partei distanzierte sie sich grundsätzlich von der aggressiven antisemitischen Polemik, die im Lande herrschte. Aber selbst in der Tiroler Sozialdemokratie waren gelegentlich judenfeindliche Stellungnahmen zu vernehmen. Als die beiden sozialdemokratischen Mandatäre Dr. Franz Gruener und der Abgeordnete zum Tiroler Landtag Josef Prantl ihren Parteiaustritt bekannt gaben, beklagten sie unter anderem den Einfluss von Juden in der Partei. Prantl trat der NSDAP bei und stieg bis zum Gauamtsleiter für Erziehung auf.¹²

Massivste Judenhetze betrieb der im Herbst 1919 gegründete Tiroler Antisemitenbund, dem angesehene Männer aus allen Parteischattierungen mit Ausnahme der Sozialdemokratie angehörten. Andreas Thaler, Gemeindevorsteher der Wildschönau und späterer österreichischer Landwirtschaftsminister, stand an der Spitze des

¹⁰ Achrainer/Hofinger, Wir lebten wie sie, aber abseits von ihnen, S. 33.

¹¹ Gretl Köfler, Wir wollen sehen, ob das Kreuz oder der siebenarmige Leuchter siegt!. Antisemitismus in Nord- und Osttirol seit 1918, in: Sturzflüge Nr. 15/16 (1986), S. 89-96; hier S. 89.

¹² Pinzer, Dem Juden traut kein wahrer Christ, S. 13.

Antisemitenbundes. Auf der ersten öffentlichen Versammlung des Tiroler Antisemitenbundes in den Innsbrucker Stadtsälen stellte Thaler u.a. fest: „Nur ein geschlossen marschierendes deutscharisches Volk vermag den Kampf mit dem übermäßigen Judentum aufzunehmen.“ Prof. Edgar Meyer, ein weiterer Redner des Antisemitenbundes, gab die „jüdische Zersetzungsarbeit“ als Ursache für den Zusammenbruch der Österreich-ungarischen Monarchie an.¹³ Nach dem vom Antisemitenbund an die Tiroler Landesregierung gerichteten Forderungskatalog sollten in Tirol all jene Menschen als Juden und Jüdinnen gelten, die auch nur einen einzigen jüdischen Urgroßelternanteil hatten. Damit nahm der Tiroler Antisemitenbund die „Nürnberger Rassengesetze“ der Nazis vorweg, ja er ging sogar über die Regelungen der Nazis hinaus. Weiters wurde das strengste Vorgehen bei Erteilung des Heimatrechtes sowie die Überprüfung aller seit August 1914 erteilten Heimatrechte verlangt. Den Tiroler Juden und Jüdinnen sollten auch Gewerbekonzessionen, Gewerbeberechtigungen, insbesondere für Vieh- und Holzhandel, der Besitz von Liegenschaften, von Schürf- und Jagdrechten, die Behebung von Hypotheken und die Aufnahme in die neue republikanische Armee verweigert werden. Schließlich forderte der Antisemitenbund die Bekämpfung der jüdischen Presse, das Zurückdrängen des jüdischen Einflusses im Schul- und Bildungswesen, die Rücknahme aller seit dem 1. August 1914 vorgenommenen Änderungen der jüdischen Familiennamen sowie das Verbot aller zukünftigen Namensänderungen.¹⁴

Ein Protokoll der Gemeinderatsitzung vom 18. August 1919 belegt, dass auch im Gemeinderat eine antisemitische Haltung herrschte. So wurde an diesem Tage beantragt, das Stadtgebiet „für alle nichtarischen Elemente zu sperren und Übertretungen strengstens zu ahnden“.¹⁵ Als radikalste antisemitische Gruppierung führte die NSDAP in den 1920er Jahren in ihrem Blatt „Der Nationalsozialist“ einen sogenannten „Judenkataster“. 1925 erschien in der deutschnationalen Zeitung „Alpenland“ neuerlich ein Flugblatt mit dem Titel „Wer ist Jude“. Eine weitere Liste mit jüdischen und diesmal auch sozialdemokratischen Geschäften folgte anlässlich des

¹³ S. 11-13, ebd.

¹⁴ Achrainger/Hofinger, Wir lebten wie sie, aber abseits von ihnen, S. 34, ebd.

¹⁵ Pinzer, Dem Juden traut kein wahrer Christ, S. 13.

3. Bundesturnfest der Deutschen Turnerschaft, das 1930 in Innsbruck stattfand. Die TeilnehmerInnen waren aufgefordert, die jüdischen Geschäfte zu boykottieren.¹⁶

3. Zionismus und Auswanderung

In der Zwischenkriegszeit hatte die Judenfeindlichkeit in Tirol stark zugenommen. Die Ideen des Zionismus, der die Einwanderung aller Juden und Jüdinnen nach Palästina zur Gründung eines eigenen jüdischen Staates propagierte, wurden daher in der jüdischen Innsbrucker Jugend populär. Aus diesem Grund wurden von einigen engagierten Jugendlichen und älteren Gemeindemitgliedern zionistisch orientierte Vereine gegründet. So etwa der Verein BLAU-WEISS, der im Jahre 1919 von den Geschwistern Schwarz, Franz Stiassny und noch einigen anderen ins Leben gerufen wurde. Dieser Verein war von 1919 bis 1925 aktiv. Er veranstaltete viele Ausflüge, Wanderungen, Leserunden und Vorträge über Palästina. Durch die Auswanderung der ersten Innsbrucker Juden und Jüdinnen im Jahre 1924, darunter führende Vereinsmitglieder wie die Witwe des ehemaligen Mitinhabers der Firma Bauer & Schwarz, Hugo Schwarz, sowie deren fünf Kinder nach Benyamina in Palästina und der Familie Stiassny nach Tel Aviv, wurde der Verein aufgelöst.¹⁷

Ein anderer zionistischer Verein war die „BETAR-Gruppe“ (Brit Trumpeldor). Dieser Verbindung schloss sich nahezu die gesamte jüdische Jugend Innsbrucks an und erzog ihre Mitglieder zum Zionismus.¹⁸ Die Idee, eine solche Gruppe in Innsbruck zu gründen, stammte von Siegfried Graubart, dessen Vater ein bekanntes Schuhgeschäft in der Museumstraße besaß. In diesem Verein wurden unter anderem zionistische Geschichte, Stockfechten, Pistolenschießen, Jiu-Jitsu und andere Arten der Selbstverteidigung gelehrt.¹⁹

Weiters kam es auch zur Gründung eines jüdischen Sportklubs, „HAKOAH“. Dieser antizionistische Verein unter der Führung von Ernst Schwarz, einem Teilhaber der Firma Bauer & Schwarz, war sehr aktiv. Sportarten wie Leichtathletik, Schwimmen, Geräteturnen, Bergsteigen und Schilaufen wurden dort besonders gepflegt. Als

¹⁶ Achrainer/Hofinger, Wir lebten wie sie, aber abseits von ihnen, S. 35.

¹⁷ Sella, Die Juden Tirols, S. 31-33.

¹⁸ Pinzer, Dem Juden traut kein wahrer Christ, S. 15.

¹⁹ Sella, Die Juden Tirols, S. 36.

Antwort auf antisemitische Übergriffe wurden auch Selbstverteidigungskurse organisiert, Schießen geübt und Waffenpässe erworben. Ein weiterer, jedoch zionistisch ausgerichteter Sportverein war „MAKKABI HAZAIR“.²⁰ Aufgrund der großen jüdischen Auswanderung in den 1920er und 1930er Jahren von Tirol nach Palästina, konnten diese EmigrantInnen vielen Juden und Jüdinnen nach 1938 bei der Flucht helfen. So kommt es, dass ein Viertel der vor den Nazis geflüchteten Tiroler jüdischen Bevölkerung nach Palästina gelangte. In anderen Gebieten Österreichs waren es viel weniger Juden und Jüdinnen, die diesen Fluchtweg wählten.²¹

Verfolgung - Vertreibung - Vernichtung (1938-1945)

1. Die Folgen des „Anschlusses“ für die jüdische Bevölkerung Tirols

Die NSDAP fand in Tirol nur eine kleine überalterte jüdische Gemeinde vor, die sich auf Innsbruck konzentrierte. Viele Juden und Jüdinnen hatten Innsbruck zu dieser Zeit schon verlassen. In der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 besetzten Truppen der SA die Tiroler Grenzen, um die Ausreise der in Tirol lebenden jüdischen Bevölkerung zu vereiteln. In Folge mussten alle Juden und Jüdinnen ihre Reisepässe abgeben.

Vorerst gab es aber nur wenige Verhaftungen unter der jüdischen Bevölkerung, so konnten diese auch noch kurze Zeit relativ ungestört ihren Glauben ausüben.²² 1938 lebten in Tirol 452 Juden und Jüdinnen, entsprechend den Nürnberger Rassengesetzen erklärten die Nazis weitere 318 Menschen katholischer oder protestantischer Konfession zu „Volljuden“ bzw. „Mischlingen“.²³

Bereits zwei Tage nach dem Einmarsch deutscher Truppen verfügte Justizminister Dr. Franz Hueber die Dienstenthebung aller Richter und Staatsanwälte, die Juden oder jüdische „Mischlinge“ waren. Auch die Aufnahme in die Rechtsanwaltschaft und ins Notariat wurde verboten. Den Juden und Jüdinnen wurde auch die Aufnahme in den Öffentlichen Dienst verweigert. Am 18. März nahm der Automobilklub Tirol den Arierparagraphen in seine Vereinsstatuten auf. Am 21. März erfolgte der Ausschluss

²⁰ S. 34, ebd.

²¹ Auskunft Thomas Albrich, Institut für Zeitgeschichte, Universität Innsbruck.

²² Schreiber, Machtübernahme, S. 63.

²³ Auskunft Thomas Albrich, Institut für Zeitgeschichte, Universität Innsbruck.

im Sinne der Rassenreinheit aus den Vereinen. Natürlich war auch eine Teilnahme an der Volksabstimmung vom 10. April 1938 für den „Anschluss“ an das Deutsche Reich verboten. Ende Juli desselben Jahres wurde Juden und Jüdinnen das Tragen von Trachtenkleidung verboten. Im Landesdienst und an der Innsbrucker Universität wurden sie entlassen, ebenso BeamtInnen mit jüdischen EhepartnerInnen. Die jüdische Bevölkerung verlor also nach und nach ihre staatsbürgerlichen Rechte. Die Beschlagnahme von Haus- und Grundbesitz und die Aufkündigung der Mietverträge sollte sie zur Ausreise oder zur Übersiedlung nach Wien zwingen, der ersten Station auf dem Weg in die Vernichtungslager.²⁴

2. Die Pogromnacht vom 9./10. November 1938 („Reichskristallnacht“)

Die blutige Pogromnacht fand in Innsbruck nicht zufällig statt, im Gegenteil, die Durchführung wurde genauestens geplant. Als Vorwand für das Judenpogrom diente die Ermordung des Deutschen Legationsrates Ernst von Rath in der deutschen Botschaft in Paris durch den Juden Herschl Grynspan. Um aber bei der Bevölkerung auch den Eindruck zu erwecken, dass ein spontaner Volkszorn ausgebrochen wäre, befahl Gauleiter Hofer, dass Verbände der SA, SS und Gestapo in Zivilkleidung Innsbrucker Juden überfallen und ermorden sollten. Gegen 3 Uhr 30 begannen die Aktionen in Innsbruck. Bei Kranebitten wurde der Leiter der israelitischen Kultusgemeinde, Ing. Richard Berger, bestialisch erschlagen und in den Inn geworfen. Weiters wurden in der Gänsbacherstraße 4 und 5 Dr. Wilhelm Bauer, Chef der jüdischen Handelsorganisation, und Ing. Richard Graubart ermordet. Karl Bauer, Mitbesitzer des Kaufhauses Bauer & Schwarz, überlebte mit schweren Kopfverletzungen, blieb aber in Folge geistig umnachtet. Oberbaurat Ing. Josef Adler wurde in seiner Wohnung in der Anichstraße 5 so schwer misshandelt, dass er eine Lähmung davontrug. Er wurde in die Nervenklinik in Innsbruck eingeliefert, fünf Wochen später verstarb er bei einer Operation in Wien. Er war das vierte Todesopfer der Pogromnacht in Innsbruck. In der selben Nacht wurde das betagte Ehepaar Popper in die Sill geworfen. Es konnte sich jedoch vor dem Ertrinken retten. Insgesamt

²⁴ Gretl Köfler, Die Verfolgung der Juden, in: Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934-1945, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Band 1, Wien-München 1984, S. 420-482; hier S. 421f.

wurden 18 Personen verhaftet und bis zu 100 tötlich angegriffen. Hilfeleistungen aus der Bevölkerung gab es kaum, die katholische Kirche bezog nicht Stellung.²⁵ Die „Innsbrucker Nachrichten“ kommentierten die Ereignisse in ihrer Abendausgabe vom 10. November mit einem Hetzartikel, verfasst vom Hauptschriftleiter Ernst Kainrath:

„Wir haben die Hebräer in der Ostmark nach dem Anschluss wahrhaftig mit Glacéhandschuhen behandelt. Es ist ihnen kein Haar gekrümmt worden und dass wir darangingen, mit durchaus legalen Mitteln unsere Geschäftswelt von diesem Parasitentum zu reinigen, ist nun wirklich nur unser gutes Recht der Selbsterhaltung gewesen. Die berechtigte Notwehr zwingt uns heute zu dem einzig möglichen Mittel der Abwehr künftiger Bluttaten: Für jedes Verbrechen, das künftig irgendwo im Ausland an einem Deutschen begangen wird, werden die Hebräer, die immer noch unsere Gastfreundschaft genießen, zu büßen haben! Auch wir in Tirol haben noch allerhand Juden, und wir Tiroler lassen uns bekanntlich allerhand gefallen, ehe wir richtig zuschlagen. Aber wenn, dann richtig, Tiroler Fäuste haben nichts an Kraft verloren, und wer in der Geschichte einigermaßen Bescheid weiß, wird diese Drohung verstehen.“

Nach dieser sogenannten „Reichskristallnacht“ wurden die Schikanen gegen die jüdische Bevölkerung weiter verstärkt. Sie durfte keine öffentlichen kulturellen Veranstaltungen besuchen. Handels- und Gewerbekonzessionen wurden eingezogen. Desweiteren wurde den Juden und Jüdinnen verboten, sich an Deutschen Universitäten einzuschreiben, die jüdischen SchülerInnen mussten die Schulen verlassen. An vielen Schulen des Gaues Tirol-Vorarlberg nahm die Rassenkunde (Erbbiologischer Unterricht) einen wichtigen Platz im Unterricht ein. Man lehrte den SchülerInnen, dass Juden und Jüdinnen minderwertige Untermenschen wären, Schädlinge, Ratten und Giftpilze. Eine Verbindung mit ihnen würde das deutsche Blut nachhaltig schädigen. Der Unterricht war geprägt von Leitsätzen wie „Rassenreinheit ist ein Gottesgesetz, die große Sünde dieser Welt ist die Sünde wider Blut und Rasse.“ Nicht nur der Unterricht, auch der soziale, zwischenmenschliche Bereich an den Schulen war vom Rassismus bestimmt. So schrieten etwa „arische“ SchülerInnen Parolen wie „Horuck nach Palästina“. Schließlich wurden die jüdischen Schulkinder nach und nach aus dem

²⁵ Michael Gehler, Spontaner Ausdruck des „Volkszorns“?, Neue Aspekte zum Innsbrucker Judenpogrom vom 9. und 10. November 1938, in: Zeitgeschichte, Heft 1/2 (1990/91), S. 2-21; hier S. 2-4; Horst Schreiber, Die Machtübernahme. Die Nationalsozialisten in Tirol 1938/39 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 10), Innsbruck 1994, S. 66f.

Unterricht entfernt. Nachdem sie verschwunden waren, wollte niemand gewusst haben wohin.²⁶

3. Die „Arisierung“ jüdischer Betriebe

Bald nach der Machtergreifung der NSDAP wurden jüdische Geschäfte beschmiert und boykottiert. Dies führte zu gewaltigen Umsatzeinbußen. Jüdische Geschäftsleute mussten ihren Besitz offiziell anmelden, dann erfolgte die Entscheidung, ob der Betrieb „arisiert“ oder liquidiert wurde. Die NS-Behörden setzten „kommissarische Verwalter“ ein, die nicht selten die Betriebe aus Eigennutz oder Unfähigkeit in den Ruin trieben. Die jüdischen EigentümerInnen hatten kein Recht mehr auf den Reingewinn, die Verluste mussten sie jedoch weiterhin tragen. Zwischen dem „Ariseur“ und dem Eigentümer wurde unter dem Druck der Gestapo ein Kaufvertrag abgeschlossen. Der Kaufpreis lag nicht zuletzt auch durch die Heranziehung willfähriger Gutachter weit unter dem realen Wert und machte zumeist weniger als die Hälfte des Betriebsvermögens aus. Doch selbst diesen Betrag bekamen die jüdischen FirmeninhaberInnen nicht. Das Geld kam auf ein Sperrkonto, von dem hohe Steuern wie zum Beispiel die Judenvermögensabgabe oder die Reichsfluchtsteuer abgezweigt wurden. Die „Arisierung“ kam für die jüdischen BesitzerInnen daher zumeist einer entschädigungslosen Enteignung gleich. Sie erhielten lediglich Beiträge ausbezahlt, die zur Bestreitung des allernotwendigsten Lebensunterhaltes und für die Auswanderung unabdingbar waren. Die Ausreise selbst hatte praktisch den völligen Vermögensverlust zur Folge nach dem Motto: "Darr Jud muß weg und sein Gerschl bleibt da!". Die Tiroler Juden und Jüdinnen, denen die Ausreise bis Kriegsbeginn am 1. September 1939 nicht mehr gelang und die auch in der Folge nicht fliehen konnten, wurden deportiert und ermordet. Das auf den Sperrkonten liegende jüdische Vermögen wurde zugunsten des Deutschen Reiches nach der Tötung oder der Flucht der rechtmäßigen InhaberInnen beschlagnahmt.

Ein Jahr nach der Machtübernahme der NSDAP war die „Entjudung“ der Wirtschaft fast zur Gänze abgeschlossen. 54 Handels- und 20 Gewerbebetriebe, also insgesamt 74

²⁶ Horst Schreiber, Schule in Tirol und Vorarlberg 1938-1948 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 14), S. 137-143.

Unternehmen wurden „entjudet“, beinahe die Hälfte davon (33) stillgelegt. Nur die rentabelsten Betriebe waren zur „Arisierung“ freigegeben worden. Die Nachfrage überstieg das Angebot wegen des entgegen aller Propaganda äußerst geringen "Judenbesitzes" in Tirol beträchtlich. Deshalb kam es zu heftigen Auseinandersetzungen unter Gewerbetreibenden und Parteimitgliedern um die jüdische Beute. Die NSDAP und die Parteiführung nutzte die Gelegenheit zur Bereicherung. Die KäuferInnen der kleineren und mittleren Geschäfte waren Einheimische, die fast ausnahmslos aus dem Kreis der illegalen Nazis kamen. Die wenigen großen jüdischen Geschäfte und Betriebe wie die Jenbacher Werke oder das Kaufhaus Bauer und Schwarz (heutiges Kaufhaus Tyrol) kamen in die Hände reichsdeutscher Unternehmen.²⁷

4. Jüdische Flüchtlinge in Tirol

Im Laufe der Kriegsjahre tauchten in Tirol verstärkt jüdische Flüchtlinge aus Ostösterreich, Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei auf. Nur vereinzelt gelang es ihnen, in Tirol unterzutauchen und zu überleben.²⁸ Die meisten der über 200 Flüchtlinge wurden beim Grenzübertritt am Brenner, am Reschenpass oder an der Vorarlberger Grenze zur Schweiz verhaftet. Danach folgte als Zwischenstation die Einlieferung ins Innsbrucker Polizeigefängnis oder ins „Arbeitserziehungslager Reichenau“. Die aufgegriffenen Flüchtlinge wurden ausnahmslos in die Vernichtungslager verschickt. So war die Reichenau auch für fast alle Südtiroler Juden und Jüdinnen monatelanger Zwischenstopp auf dem Weg nach Auschwitz. Mindestens zwei Südtiroler Juden verstarben im Lager Reichenau. Im Frühjahr 1943 ließ der Gestapochef von Tirol die bis dahin „geschützten“ jüdischen EhepartnerInnen aus

²⁷ Köfler, in: Widerstand und Verfolgung, Bd. 1, S. 422f; Wolfgang Meixner, „Arisierung“ eines Tiroler Industriebetriebes. Die Jenbacher Berg- und Hüttenwerke Th. & J. Reitlinger, in: Faschismus in der Provinz. Geschichte und Region (8/1999), S. 143-195; Schreiber, Horst, „Nach marktmäßigen Grundsätzen“. Die „Arisierung der Firma Dubsky, in: Albrich (Hg.), Wir lebten wie sie, S. 165f.

²⁸ Siehe etwa Martin AchRAINER, In Tirol überlebt. Vier jüdische „U-Boote“ in Tirol 1943-1945, in: Tiroler Heimat, Band 60 (1996), S. 159-184.

„Mischehen“ verhaften und in die Reichenau bringen. Von dort wurden vier solcher jüdischer Frauen nach Auschwitz deportiert.²⁹

Nach einer vorläufigen Opferbilanz wurden 163 Tiroler Juden und Jüdinnen umgebracht, von ca. 125 fehlen verlässliche Informationen, rund 240 konnten fliehen oder überlebten die Konzentrationslager, 41 sind nach 1945 wieder nach Tirol zurückgekehrt.³⁰

²⁹ Martin AchRAINER/Thomas AlBRICH/Niko HofINGER, Lebensgeschichten statt Opferlisten. Die Biographische Datenbank zur jüdischen Bevölkerung in Tirol und Vorarlberg im 19. und 20. Jahrhundert - Forschungsbericht, in: Geschichte und Region (6/1997), S. 277-294; hier S. 290.

³⁰ Gretl KöFLER, Ausrottung einer Gemeinde, in: Tiroler Tageszeitung, 6.11.1998, S. 3; Thomas AlBRICH, „Tirol den Tirolern“. Gefährliche Parolen und ihre Folgen, in: Präsent, 18.12.1997, S. 21.